

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition

Johannisstraße 33.

Verantwortlicher Redacteur

Bertram

Redaction

und Expedition

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger

Leipzig

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

Dr. Bertram

N<sup>o</sup> 390.

Donnerstag den 30. December 1880.

74. Jahrgang.

Gestern Nachmittag starb nach langen Leiden

Herr Stadtrath Dr. jur. Benno Richard Vogel.

In ihm verlieren wir einen Collegen, der sich durch die vorzüglichen Eigenschaften seines Herzens und die seltene, makelloste Reinheit seines Charakters unsere Liebe im vollsten Maße erworben hatte, und der uns zugleich ein treuer, mit reichem Wissen ausgestatteter, bewährter Mitarbeiter war.

Sein Andenken wird stets bei uns wie bei seinen Mitbürgern in Ehren gehalten werden.

Leipzig, den 29. December 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Dr. Messerschmidt.

### Bekanntmachung.

Dienstag, den 4. Januar 1881, sollen Vormittags 9 Uhr im Hofe des alten Johannisbospitals 3 Stück andranische Karakalperde an dem Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung versteigert werden.

Leipzig, den 29. December 1880.

Des Raths Rath-Deputation.

### Conservative Finanzpolitik.

•• Berlin, 28. December. Vielleicht noch nie haben die Conservativen eine so besorgende politische Regsamkeit entfaltet, als gegenwärtig. Es gilt für sie, wenigstens einen Theil der Steuerreform-Versprechungen jetzt einzulösen, wo bereits die nächsten Reichstagswahlen ihren Schatten in die politischen Kämpfe vorauswerfen. Und wenn man die Herren von der Rechten reden hört, wenn man ihr Handeln und Verhalten, ihr geschäftiges Hin und Her, ihre Consequenzen mit Parteifreunden und Vertrauenspersonen des Reichstagslers verfolgt, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß ihre Siegeszuversicht keine vorgepiegelte ist, sondern daß sie wirklich an einen vollen Erfolg glauben. Woher derselbe kommen soll, wenn nicht das Centrum sich mit gebundenen Händen an die geplante Finanzpolitische Revolution der Herren v. Radowitz, v. Radowitz und Bitter anstellt, ist nicht recht ersichtlich.

Einstweilen beschränkt sich der Abg. Windthorst und seine Freunde die Fata morgana des neuen Vermögensgesetzes so genau, daß kaum anzunehmen ist, die Ultramontanen könnten sich durch den schönen Schein aus ihrer tiefen Reserve herauslocken lassen. Ein Gleiches aber gilt von den Nationalliberalen. Es wird von dieser Seite, das läßt sich schon jetzt mit einiger Bestimmtheit sagen, der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kreis- und Provinzialverwaltungen entgegengekehrt werden, es wird in eine Befreiung der vier untersten Klassensteuerstufen nur unter der Bedingung gewilligt werden, daß diese Befreiung nicht als eine vereinzelte, sondern nur im Zusammenhang einer organischen Reform des direkten Steuerwesens stattfinden. Vor Allem aber wird seitens der Nationalliberalen jedes Engagement entschieden abgelehnt werden, welches aus einer auch nur theilweisen Zustimmung zum neuen Vermögensgesetz ihren für den Reichstag und für das umfangreiche Steuerbüdel der bekannten „105 Millionen“ zugesagt werden könnte.

Wenn jetzt conservativ Stimmen zu beweisen versuchen, daß der Bitter'sche Reformplan eigentlich nur in der logischen Consequenz der Bitter'schen Finanzgrundzüge gelegen sei, so ist dies ebenso leicht, wie die fernere Folgerung, die Nationalliberalen müßten sich bedingungslos auf das ebendasselbe Programm ihres Fraktionsmitgliedes Bitter recht verließen. Hat doch der Bitter in seiner Rede zum Etat vom 15. Novbr. d. J. sich in der entscheidenden Weise gegen seinen Antagonisten und seinen Finanzpolitische Begründung des Steuerwachstums gewandt, den er allenfalls als politisches „Signal“ gelten lassen wollte. Man sieht hiernach, was es mit der gewissenlich verbreiteten Behauptung auf sich hat, die Herren Bitter und Bitter wollten im Grunde ein und dasselbe; auch der erstere habe von vornherein eine gleichzeitige und flüchtige Verächterung der beiden Reformziele erstrebt, nämlich der Deckung des Deficits und der Umgestaltung des Systems der direkten Steuern.

Man braucht von der Antisführung des Herrn Bitter nicht weiters einzunehmen zu sein, und man wird trotzdem anerkennen müssen, daß derselbe zu jeder Zeit von dem richtigen Grundsatze ausging, es müßte erst das vorhandene Deficit bis auf den letzten Pfennig gedeckt werden, ehe an einen Erfolg der untersten Klassensteuerstufen gedacht werden könne. Das ist in den Reden vom 20. und 27. November 1878 und vom 3. Mai 1879 so unumwunden ausgesprochen, daß alle nachträg-

lichen Versuche, selbst einen so consequenten Mann, wie Herr Bitter es ist, für die Bitter'schen Finanz-Pläne zu gewinnen, als gescheitert anzusehen sind. Der Gedanke, zu einem Steuererlaß auch mit dem vorläufigen Mittel einer Kautelle für regelmäßig wiederkehrende Staatsbedürfnisse zu schreiten, ist so originell, daß er sichtlich nur in einem künstlich gebildeten Kopf entstehen konnte, wie derjenige des gegenwärtigen Finanzministers ist.

### Politische Uebersicht.

Leipzig 29. December.

In genossenschaftlichen Kreisen hat der für die nächste Reichstagsession angekündigte Antrag der Conservativen, speciell des Abg. v. Mirbach, auf Einführung der Theilhaft in das Genossenschaftsgesetz und Befreiung der Solidarbeit eine Bewegung hervorgerufen, die schon demnach zu positiven Schritten in der Richtung einer Abwehr der conservativen Begünstigungsversuche führen wird. Man ist innerhalb der Conservativen und der übrigen genossenschaftlichen Creditvereine nach dem System Schanze-Dehlsch überwiegend der Ansicht, daß die geplante partielle Haftung gerade das Gegenstück von dem, was mit ihr beabsichtigt wird, zur Folge haben werde, insofern als sie wegen der geringeren gewährten Sicherheit die Besizenden von der Theilnahme an den Genossenschaftsaffären abschrecken würde. Es wird seitens mehrerer Leiter und Begründer hervorragender Genossenschaften gemeinsam eine statische Darstellung veröffentlicht werden, welche aus den Geschäftsbilanzen ihrer Vereine, sowie aus einer Vergleichung mit solchen Vereinen, wo die Theilhaft, wie z. B. in Oesterreich, besteht, den Nachweis führen soll, daß die Genossenschaften mit der Solidarbeit die besten Erfolge erzielt haben und daß eine Abänderung an diesem Fundament ihres Gedeihens nur schmerzhaft den wirtschaftlichen Schwächen zu Gute kommen würde. Denn wenn diesen auch durch die Theilhaftung zunächst der Eintritt in die Genossenschaften erleichtert werden sollte, so dürfte in der geminderten Creditfähigkeit der Vereine alsbald der Rückschlag sich kundgeben. Wenn Anscheine nach wird sich gegenüber dieser neuesten sogenannten populären Agitation der Conservativen dasselbe ereignen, was die vielbenutzte Reichstagsresolution auf Einschränkung der Wechselbarkeit zur Folge hatte, nämlich eine sehr entschiedene Abweisung seitens derjenigen Volklassen, welchen die vermeintliche Wohlthat des Hilfsmittel für die unzulänglich vorhandenen wirtschaftlichen Uebelstände dringen soll. Gleichwohl ist die Aussicht doch recht genug, daß die Conservativen im Bunde mit dem Centrum in der bevorstehenden Reichstagsession einen Reil in das Genossenschaftsgesetz treiben, der späterhin nur unter abnormen wirtschaftlichen Verhältnissen zu empfangen sein wird.

Es wird nach Berliner Berichten immer unwahrscheinlicher, daß die Freiordnungsgesetze, welche der Minister des Innern dem preussischen Landtage vorgelegt hat, in dieser Session noch zum Abschluß gelangen. Der Minister hat den dringenden Wunsch ausgesprochen, die Entwürfe mindestens in der Commission feststellen zu sehen. Es ist als feststehend anzunehmen, daß er im Gegensatz zur letzten Session nicht unbedingt auf Erledigung seiner Vorlesung und deshalb auf Anderräumung einer Recession besteht. Möglicherweise aber treten Verhältnisse ein, welche anderen Ministerien eine Recession nicht mehr werth machen. Die dahin bezüglichen Fragen werden sich erst nach Wiederaufnahme der Arbeiten

erörtern lassen, wenn die Resultate der letzteren einigermaßen zu übersehen sind.

Es heißt, daß selbst in der linken Fortschrittspartei eine Spaltung existirt. Es wird zugestanden, daß ein Theil dieser Partei von Berliner „Capacitäten“ nicht mehr regiert werden sollte. Das soll wohl — wie offiziell bemerkt wird — heißen, daß sich in der Fortschrittspartei eine haine'sche Richtung der Augen Richter'schen gegenüber geltend mache, ein Proceß, der vielleicht durch das Hinzutreten der Separationisten gefördert worden ist.

Die Befreiung der erledigten deutschen Gesandtschaftsposten soll, wie aus Berlin gemeldet wird, bald nach der Rückkehr des Fürsten Bismarck erledigt werden. Graf Haffelberg, der erst nach Neujahr von Wiesbaden nach Berlin zurückkehrt, bleibt zunächst bis zum Sommer noch in Konstantinopel. Als sein Nachfolger auf dem dortigen Posten gilt Herr von Radowitz. Wer diesen in Wien ersuchen soll, wird sich erst, wenn der Wechsel eintritt, entscheiden. — Der deutsche Gesandte in der Schweiz, General von Räder, welcher längere Zeit auf Urlaub in Berlin verweilte, hat sich bei Sr. M. dem Kaiser verabschiedet und kehrt auf seinen Posten nach Bern zurück. — Der Schweizer Sohn des Fürsten Bismarck, Graf Radowitz, ist mit seiner Beförderung zum Wirklichen Legationsrath zugleich vortragender Rath in Andover's Amt geworden.

Der Entwurf des Vertrages, den die preussische Regierung mit den hessischen Agnaten abgeschlossen hat und welcher zu Beginn dieses Monats in Berlin zu Stande kam, dürfte nach offiziellen Mittheilungen dem Landtage in aller-nächster Zeit zugehen. Es bedarf, wie man hört, nur noch der allerhöchsten Sanction hierzu.

Die Landesverteidigungscommission, über deren Zusammentritt bereits berichtet wurde, setzt sich zur Zeit zusammen: aus zwei Generalleutnants, dem Kronprinzen und dem Grafen v. Manteuffel; aus einem General der Infanterie, dem Fürsten von Hohenzollern; aus zwei Generalleutenants, v. Dieblich und v. Bülow; und aus einem Generalmajor, v. Serby von Bernold. Nach der Kaiserl. Cabinetsordre vom 23. December 1880, welche die damals bestehende Ingenieurcommission aufhob und statt dieser die Landesverteidigungscommission einsetzte, können zu dieser letzteren nach dem Ermessen Seiner Majestät noch andere höhere Generale der Armee als ständige oder einzeitige Mitglieder berufen werden. Wie man hört, ist zu den bevorstehenden Sitzungen der Commission die Berufung von noch zwei Mitgliedern in Aussicht genommen, als deren einer der General der Infanterie v. Graf, genannt v. Schwarzhoff, genannt wird. Was der Gegenstand der bevorstehenden Erwägungen und Beratungen sein wird, entzieht sich zunächst natürlich der Öffentlichkeit.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt offiziell: „Katholische Blätter legen Gewicht darauf, daß der Kaiser diesmal die Immediateverleihung der rheinischen Katholiken durch das Staatsministerium, nicht durch den Cultusminister, habe beauftragt lassen, und finden hierin eine besondere Beachtung, indem die Radikalität bisher nicht beliebt worden sei. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß vielmehr bald der Cultusminister, bald das Staatsministerium kirchenpolitische Eingaben an den König zur Beantwortung erhalten haben. So sind von den Vorstellungen der Bischöfe einige dem Cultusminister, andere dem Staatsministerium beantwortet worden. Es sei u. A. erwähnt, daß die letzte Immediateverleihung der Bischöfe vom 2. April 1875 am 9. April desselben

Jahres durch das Staatsministerium zurückgewiesen worden ist.“

Man schreibt uns aus Wien: „Zur politischen Agitation, welche gegenwärtig in Oesterreich aus mancherlei Quellen lebhafter als je gekräftigt wird, gesellt sich nun auch eine verdoppelt nationale, die zwar wenig lärmend und öffentlich auftritt, sich aber dennoch in Wege von Zeitungsartikeln, Flugchriften u. dergl. in gehässiger Weise gegen das deutsche Element der cisleithanischen Reichshälfte kehrt. Anlaß dazu giebt die angeordnete Volkszählung, welche demnach in allen cisleithanischen Ländern beginnen wird. In den seit einigen Tagen zum Zweck der Volkszählung ausgegebenen Fragebogen befindet sich nämlich auch eine Rubrik mit der Ueberschrift: „Umgangssprache“, welche die Nationalität der Familien und einzelnen Personen feststellen soll. Jene Rubrik soll von Fall zu Fall sich auf die in Cisleithanien üblichen Sprachen: deutsch, böhmisch, slowakisch, polnisch, ruthenisch, slowenisch, serbisch-kroatisch, italienisch-ladinisch, rumänisch und magyarisch beziehen, beziehungsweise die zu diesen Nationalitäten gehörigen Familien und einzelnen Personen ersichtlich machen. Da nun in Wien jedenfalls viele Angehörige jener Nationalitäten ihren dauernden oder zeitweiligen Wohnsitz haben, so erziehen die dortigen slavischen Vereine, zumal die czechischen, eine Reihe Circulare und Flugchriften, in denen die in Wien lebenden Czechen aufgefordert werden, jene Rubrik in „streng nationalem“ Sinne auszufüllen. Eine jener Flugchriften enthält sogar folgende bezeichnende Stelle: „Ihr wißt, liebe Landsleute, daß der Deutsche der tausendjährige Todfeind des Slaven ist! Wenn also ein Slave für einen Deutschen sich ausgäbe, würde er den niederträchtigsten Verrath begehen, welcher keine Strafe zu hart wäre... Wenn also die Angehörigen zu Euch gelangen, schreibt in die Rubrik „Umgangssprache“ Alle wie ein Mann: czechisch.“ In ähnlicher Weise wird auch in Böhmen, Mähren, Schlesien, fernere in den slowenischen Landestheilen der Steiermark, Krainens, Triens und des Küstenlandes agitiert. Dm einem Worte, die slavische Propaganda ist in Oesterreich noch niemals so mächtig und drohend hervorgetreten als gegenwärtig.“

Das Project eines europäischen Schiedsgerichtes wäre also principiell angenommen und, wie es scheint, sogar bereits über den Ort des Zusammentritts Besprechung gepflogen. Man schlug nach der R. Fr. Pr. „Birich und Orffhel vor. Aber bedeutet schon die principielle Annahme des Projectes hinlänglich für dessen factische Verwirklichung, so sind die geheimen Vorbehalte, mit welchen einige Mächte dem Projecte zustimmten, gewissermaßen darauf berechnet, dasselbe schon im Prime zu vernichten. Einen solchen geheimen Vorbehalt vertritt der „Nord“, indem er bemerkt, die Mächte müßten die Durchführung des Schiedsgerichtsbeschlusses garantiren. Dies ist die alte Melodie, welche Fürst Gortschakoff auch auf dem Berliner Congresse gesungen hat; sie läßt sich immer wieder vernehmen. Uebrigens ist in Paris ein neuer Plan zur Lösung der griechischen Grenzfrage aufgetaucht. Das vom Grafen Duff protegirte „Memorial Diplomatique“, das dem französischen Aussenwärtigen Kante ausgehen soll, schlägt eine identische Note aller Signatarmächte an die Türkei und Griechenland vor, in der beide zur Berichtigung ermahnt werden sollen. Deutschland sollte dann die Mission übernehmen, beide Mächte für den Schiedspruch zu gewinnen.